

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Thomas Kreuzer

Abg. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

Abg. Eva Gottstein

Abg. Katharina Schulze

Abg. Manfred Ländner

Abg. Peter Tomaschko

Staatsminister Joachim Herrmann

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion**

**"In Bayern leben heißt sicherer leben - Erfolgreiche Sicherheitspolitik für unser Land"**

Ich darf als ersten Redner für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Kreuzer bitten. Bitte schön, Herr Kollege Kreuzer.

**Thomas Kreuzer (CSU):** Frau Präsidentin, Hohes Haus! Es sind viele Faktoren, die die Lebensqualität in einem Land ausmachen. Ein ganz entscheidender ist aber die innere Sicherheit. Unsere Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass der Satz gilt: In Bayern leben heißt sicherer leben. Bayern ist seit Jahren Spitzenreiter in puncto innere Sicherheit. Grundlage für diesen Erfolg ist zum einen die hoch professionelle und engagierte Arbeit unserer Sicherheitsbehörden, für die ich in diesem Zusammenhang ganz herzlich danke. Grundlage ist aber zum anderen auch die Unterstützung unserer Polizei durch eine konsequente und verantwortungsbewusste Sicherheitspolitik. Dafür steht die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag gemeinsam mit der Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU)

Wir verstärken nicht nur unsere Sicherheitsbehörden und versorgen sie mit modernster Ausstattung; wir kümmern uns auch um die Prävention von Straftaten und Radikalisierungstendenzen.

Die terroristischen Anschläge des letzten und dieses Jahres haben uns die sicherheitspolitischen Herausforderungen noch deutlicher vor Augen geführt. Deutschland liegt nach wie vor im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus. In Deutschland leben derzeit nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden rund 11.000 gewaltbereite Islamisten. An die Frau Kollegin Bause gesagt, die heute nicht da ist – wir hatten eine heftige Auseinandersetzung, ob Flüchtlingsströme eventuell auch dazu führen können,

dass Islamisten hier einsickern –: Inzwischen wird dies von den Verfassungsschutzbehörden allgemein anerkannt. Wir haben es ja auch in Paris beispielsweise gesehen.

Überhaupt ist es in dieser Situation verantwortungslos, wenn Teile der Opposition versuchen, unseren Sicherheitsbehörden die Arbeit zu erschweren. Ich nenne das Beispiel schärferer Sicherheitsgesetze. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger befürwortet dauerhaft höhere Sicherheitsmaßnahmen. Die GRÜNEN sind dagegen. "Wir brauchen keine schärferen Gesetze", so die GRÜNEN-Chefin Simone Peter am 20. November 2015, wenige Tage nach den Anschlägen von Paris in der "Saarbrücker Zeitung".

Beispiel: Ausweitung der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen. Der Videoüberwachung von Kriminalitätsbrennpunkten kommt zur Abschreckung von Straftätern und zur Unterstützung bei der Aufklärung ein hoher Stellenwert zu. Die GRÜNEN sind dagegen. Ich zitiere wörtlich aus einer Pressemitteilung der Landtagsgrünen vom 8. März 2013: "Die BürgerInnen werden unter Generalverdacht gestellt, und mit der unaufhörlichen Erweiterung der Videoüberwachung wäre der gläserne Bürger frei nach George Orwell perfekt."

Beispiel: digitale Spurensicherung. Auf Druck der CSU wurde die Speicherung von Verbindungsdaten gegen den erbitterten Widerstand der Opposition und zunächst auch großer Teile der SPD eingeführt. Dschihadisten agieren nicht nur mit Bomben und Schusswaffen; sie haben längst auch das Internet als Kampfgebiet entdeckt. Der Staat darf sich deshalb nicht blind und taub stellen. Die Aufklärung virtueller Spuren im Internet und in den sozialen Netzwerken darf kein Tabuthema sein. Aber die GRÜNEN sind dagegen. Sie schmähen es als Schnüffelstaat, wenn wir unseren Sicherheitskräften erlauben, ihre Arbeit zu machen. Katharina Schulze schreibt dazu am 18. Januar 2016 in einer Pressemitteilung: "Sicherheit im öffentlichen Raum kann nur eine personell und materiell gut ausgestattete Polizei gewährleisten und nicht ein überbordender Schnüffelstaat." Meine Damen und Herren, so etwas ist angesichts der Gefahren für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger nicht nur verantwortungs-

los; es ist auch ein ständig geäußertes Misstrauen und eine Beleidigung gegenüber unseren Sicherheitskräften.

(Beifall bei der CSU)

Was wäre denn in Paris und Brüssel heute aufgeklärt, wenn es nicht die Videoüberwachung gegeben hätte und wenn es nicht aufgrund der Verbindungsdaten möglich gewesen wäre, hinterher festzustellen, mit wem die Straftäter vor ihren Anschlägen Kontakt gehabt haben? Solche Maßnahmen sind also auch dazu geeignet – die Menschen sind festgenommen worden –, zukünftige Straftaten zu verhindern.

Sie fordern immer nur fundierte Analysen, engmaschige Überwachung sowie intensive und effektive Kontrolle. Ich frage Sie: Wie soll das funktionieren? Wie soll denn analysiert und überwacht sowie kontrolliert werden, ohne brauchbares Bildmaterial, ohne technische Möglichkeiten für unsere Ermittler, ohne Daten und ohne funktionierenden Austausch? – Dies ist nicht möglich. Sie täuschen damit die Bevölkerung.

Wohin diese rot-grüne Blockadepolitik bei der inneren Sicherheit führt, sehen wir in Nordrhein-Westfalen. Jahrelang wurde alles vertagt, versäumt und abgelehnt. Erst nach den schrecklichen Ereignissen in der Silvesternacht in Köln ergreift Rot-Grün die sicherheitspolitischen Maßnahmen, die die bürgerliche Opposition schon längst gefordert hat.

(Beifall bei der CSU)

Die "FAZ" schreibt hierzu am 31.03.2016:

Lange hatte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) gebraucht, um sich ausführlich zu den Silvesterereignissen von Köln zu äußern. Dann ließ Kraft ihren Apparat in aller Eile ein 15-Punkte-Maßnahmenpaket zusammenstellen, das sie schließlich am 14. Januar im Landtag vorstellte. Es klang in weiten Teilen wie eine Zusammenschau der sicherheitspolitischen Forderungen der bürgerlichen Opposition.

Das ist rot-grüne Sicherheitspolitik. Besser gesagt: Das ist rot-grüne Unsicherheitspolitik für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind uns bewusst, dass es absolute Sicherheit weder in Bezug auf Straftaten noch auf Terroranschläge geben kann. Aber Freiheit ohne Sicherheit ist nicht denkbar. Sie bedingen sich gegenseitig.

Deswegen ist ein wichtiger Baustein die Sicherung der bayerischen Grenzen, solange ein effektiver Schutz der EU-Außengrenzen nicht gewährleistet ist. Wir stehen für eine Verstärkung der Schleierfahndung. Sie spielt eine entscheidende Rolle für die Sicherheit in unserem Land. Wir stehen für die zügige Verabschiedung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes. Bayern setzt auf einen leistungsfähigen Verfassungsschutz. Mit dem novellierten Verfassungsschutzgesetz stellen wir die Handlungsfähigkeit unseres Dienstes auch in Zukunft sicher und treten der Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus entgegen, um der Situation Rechnung zu tragen. Zu Recht enthält die Gesetzesnovelle die Befugnisse des Landesamts für Verfassungsschutz, auch künftig gespeicherte Kommunikationsdaten anzulegen und darauf zuzugreifen. Es kann nicht sein, dass die Nachrichtendienste weniger Erkenntnisse haben als Polizei und Strafverfolgungsbehörden.

Wir bekämpfen auch extremistische Entwicklungen. Gefahren drohen unserem Rechtsstaat nicht nur von Islamisten. Wir bekämpfen jede Art von Extremismus. Mit dem Verbot des Freien Netzes Süd ist ein wichtiger Schlag gegen die rechtsextremen Ziele in Bayern gelungen. Ein weiterer großer Schritt wäre das gerade von Bayern angestoßene NPD-Verbot. Aber auch die Gewalt, die von linken Extremisten ausgeht, muss wirksam bekämpft werden.

(Beifall bei der CSU)

Es ist nicht hinzunehmen, dass auch 2015 wieder bundesweit eine erhebliche Zahl von Polizeibeamten im Rahmen linksextremer Gewaltausbrüche verletzt worden ist. Das betrifft auch viele bayerische Beamte im Rahmen der Amtshilfe in anderen Bundesländern. Wir stehen für ein konsequentes Vorgehen gegen eine dschihadistische Gefährdung und für eine wirksame Prävention gegen Radikalisierung. Ich fordere den Bundesjustizminister auf, endlich das Werbeverbot für extremistische Organisationen ins Strafgesetzbuch aufzunehmen.

(Beifall bei der CSU)

Es kann doch nicht sein, dass man in Deutschland straflos im Netz für den Beitritt zum IS werben darf. Dies ist eine vollkommene Fehlleistung, und insofern muss schleunigst gehandelt werden. Nulltoleranz gegenüber Kriminalität, aber auch Nulltoleranz gegenüber jeder Art von Extremismus!

Wer in der politischen Verantwortung steht, muss alles technisch und rechtlich Mögliche tun, um unsere Bürgerinnen und Bürger sowie unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen. Das machen wir in Bayern mit dem höchsten Personalstand bei der bayerischen Polizei aller Zeiten und mit einem starken politischen Rückhalt unserer Sicherheitskräfte. Denn es gilt: Nur wer in Sicherheit lebt, kann auch in Freiheit leben. Das wollen wir für die Menschen in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank – Jetzt hat Professor Dr. Gantzer für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Sicherheitslage ist unbestritten gut. Das wird auch von niemandem bestritten. Man muss auch sagen: Das ist die Arbeit der Polizei. Wir bedanken uns ausdrücklich bei den Polizeibeamtinnen und –beamten für die gute Arbeit, die wir mit einer 2+ bewerten können.

(Beifall bei der SPD)

Demgegenüber steht aber die personelle Lage. Herr Minister, da bin ich leider bei einer 4-. Ich habe zwar gelesen, dass der Herr Innenminister gestern noch gesagt hat – es wurde von Herrn Kreuzer gerade wiederholt –: Die Polizei hat so viele Stellen, wie sie nie zuvor gehabt hat. – Das ist richtig.

Aber, erstens: Die Bevölkerung in Bayern ist um 1,5 Millionen Einwohner gestiegen. Schon das muss berücksichtigt werden. Zweitens: Die Polizei hat so viele neue Belastungen wie noch nie zuvor.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht auf den G-7-Gipfel oder die Flüchtlingskrise zurückzuführen, sondern das ist vor allem auf den Terrorismus, die Cyberkriminalität, die neue Kriminalitätsfelder bis hin zum Darknet eröffnet hat, die Großveranstaltungen – wenn ich sehe, was allein bei Fußballspielen an Polizeieinsatz geleistet werden muss! – und, und, und zurückzuführen. Da frage ich natürlich: Wird das der Polizei wirklich gedankt?

Herr Minister, es gibt zwei klare Kriterien, an denen diese Frage gemessen werden muss. Das ist nicht die Zahl der Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen. Das erste Kriterium ist die Überstundensituation. Die Überstundensituation ist überbordend. Früher hatte jeder Schichtdienstbeamte im Durchschnitt 25 Überstunden. Das war normal. Heute haben wir nach den letzten Zahlen eine Überstundenbelastung von mindestens 50, meistens jedoch 90 bis 100 Überstunden pro Beamtem. Das zeigt, dass die innere Sicherheit auf dem Rücken der Polizeibeamten funktioniert. Sie funktioniert zwar gut, aber sie funktioniert nur auf dem Rücken der Polizeibeamten und zulasten der Polizeibeamten.

Das zweite Kriterium ist die Bezahlung, Herr Minister. Das geht schon im Kleinen los. Wir fordern nicht, dass das Gehalt verdoppelt wird. Ich erinnere nur an unsere Haushaltsanträge, die wir in einem Zeitraum von mehreren Jahren immer wieder in den

Landtag eingebracht haben. Das betrifft zum Beispiel die DuZ-Zulage, die seit Jahrzehnten nicht erhöht worden ist. Das betrifft auch die Polizeizulage, die auf einem niedrigen Niveau stagniert. Das betrifft aber auch die Ballungsraum- bzw. Münchenuzulage für Polizeibeamte. Ich denke in diesem Zusammenhang an meinen Antrag, den vielleicht jetzt der Herr Ministerpräsident zur Chefsache macht: Seit vielen Jahren beantragen wir, dass für Kuren von Polizeibeamten, die Schichtdienst leisten, ein Betrag von zwei Millionen zur Verfügung gestellt wird. Der wird immer abgelehnt. Man könnte also mit kleinen Sachen viel für die Polizeibeamten tun. Aber es heißt immer wieder, es sei kein Geld dafür da.

Was soll ein Polizeibeamter denken, wenn er beispielsweise sieht, dass die Bayerische Staatsregierung bei der Landesbank Milliarden versenkt hat? – Damit könnten wir 20 Jahre lang alle diese Zulagen ohne Weiteres bezahlen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CSU)

Ich frage weiter: Was soll ein Polizeibeamter denken, wenn er im Fachbereich Wirtschaftskriminalität tätig ist, wenn er sieht, dass die Landesbank über die LBLux Steuerhinderungs geschäfte abwickelt? – Die Brüsseler Kommission hat gerade festgestellt, dass die EU-Staaten insgesamt durch Steuerhinterziehung in Offshore-Zentren jährlich eine Billion Euro verlieren. Wir aber gehen mit diesen Dingen halbherzig um. Ich erinnere nur an die Diskussion zu den Panama-Papieren in der letzten Woche. Es schien doch wirklich so, als ob sie von Ihnen als Kavaliersdelikte angesehen würden.

(Peter Winter (CSU): Falsche Wahrnehmung!)

Ich kann dazu nur sagen: Polizeibeamte haben keine Briefkastenfirmen.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Was soll ein Polizeibeamter denken, wenn es heißt, es ist nicht genug Geld da, er aber gleichzeitig über den Fall Engelhorn lesen muss? Das sind Milliardenärstöchter, die straffrei ausgehen. Sie bekommen Milliarden von ihrem Vater geschenkt, zah-

len dafür aber nur einen ganz geringen Betrag an Erbschaft- und Schenkungsteuer und verschwinden anschließend in die Schweiz, melden sich um und legen die deutsche Staatsbürgerschaft ab.

Was soll sich ein Polizeibeamter, der Wirtschaftskriminalität verfolgt, denken, wenn er des Weiteren liest, dass der Herr Ministerpräsident die Reform der Erbschaftsteuer torpediert? Ich kann nur sagen: Polizeibeamte werden durch die Erbschaftsteuer nicht begünstigt; denn Polizeibeamte haben gar nicht so viel zu vererben. Sie verdienen nämlich nicht so viel, Herr Innenminister. Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Leider ist der Herr Landespolizeipräsident nicht da. Er weiß nämlich genau, wovon ich jetzt rede. – Was soll ein Polizeibeamter denken, der in Ballungsgebieten wie zum Beispiel in München oder Nürnberg nach einer Wohnung sucht? Er findet keine anständige Wohnung. Wir alle wissen, das große Problem in München besteht doch darin, dass gerade die jungen Polizeibeamten immer wieder sagen: Ich würde gerne in München bleiben, ich kann mir das aber nicht leisten, denn hier ist es zu teuer; das ist nicht mein Niveau, deshalb will ich wieder nach Hause; ich will wieder in die Oberpfalz, nach Oberfranken, weil man dort angemessen leben kann. Was soll ein solcher Polizeibeamter denken, wenn er wegen der Wohnungsnot nicht in München bleiben kann, aber gleichzeitig lesen muss, dass die Staatsregierung die GBW-Wohnungen an private Heuschrecken veräußert hat? Da steht er doch nur da und fragt sich: War das wirklich nötig? Außerdem stellen wir an dieser Stelle fest, dass die EU gesagt hat: Nein, das war nicht nötig; der Freistaat Bayern hätte die Wohnungen ohne Weiteres behalten können.

Wenn ich all das zusammenfasse, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann zeigt sich: Sicherheit ist eine Medaille mit zwei Seiten. Wir haben die eine Seite, die glänzende, die Sie gerade hervorgehoben haben. Diese Seite glänzt wirklich; das stellen wir nicht in

Abrede. Sie können auch nicht sagen, dass wir nicht unseren Teil dazu beigetragen hätten. Die wichtigen Dinge haben wir immer unterstützt.

(Beifall bei der SPD)

Diese Medaille hat aber auch eine dunkle Seite, die dunkle Seite der Macht könnte man sagen. Die dunkle Seite, das ist die soziale Lage der Polizeibeamten. Die Polizisten machen eine hervorragende Arbeit, und ich muss sie noch einmal loben für den Erfolg, den Sie gerade feiern. Wird das aber auch entgolten? Ist es so, dass der Polizeibeamte sagen kann: Ich mache eine gute Arbeit, und dafür werde ich auch gut bezahlt? – Das ist nicht der Fall. Deshalb sage ich gleich im Vorgriff auf den nächsten Haushalt, den wir im Herbst beraten werden: Liebe Staatsregierung und liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, tun Sie etwas für unsere Polizei, sie hat es wirklich verdient!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt darf ich für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Frau Kollegin Gottstein das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Eva Gottstein (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man das Thema einer Aktuellen Stunde mitgeteilt bekommt, dann fragt man sich als Erstes: Warum wird dieses Thema heute auf der Tagesordnung stehen? – Wenn es die Regierung ist, die das Thema der Aktuellen Stunde vorgibt, dann gibt es die Lösung A: Man will sich als Regierungspartei gut darstellen. Es gibt aber auch die Lösung B: Es handelt sich um ein brennendes Thema. Heute haben wir den Fall B: Die Sicherheit in Bayern ist ein brennendes Thema. Das brennende Thema ist aber auch die Frage, wie wir die Gruppe der Personen behandeln, denen wir die Sicherheit in Bayern zu verdanken haben. Damit ich es am Schluss meiner Rede nicht vergesse, möchte ich schon an dieser Stelle all unseren Polizistinnen und Polizisten und unserem Personal in der Justiz auf-

richtig danken. Sie arbeiten über ein Jahr am Limit. Irgendwann aber ist der Punkt erreicht, wo man es fast nicht mehr verantworten kann. Danke an dieser Stelle!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Eine weitere Vorbemerkung: Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. – Das kann man in diesem Zusammenhang sehr wohl bei der CSU sagen. Wenn Sie die mangelnde Zusammenarbeit im Rahmen der Sicherheit mit den anderen Bundesländern beklagen, wenn Sie die Probleme bei der Terrorismusbekämpfung im Rahmen der Europäischen Union beklagen, dann muss ich Ihnen schon sagen: Sie sind an den Hebeln der Macht. Sie sind auf allen Ebenen – Land, Bund und Europa – in den Regierungen. Sie haben sehr viel zu sagen, manchmal mehr, als uns recht ist, aber dann nützen Sie das doch bitte auch. Aber das tun Sie nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Laut Statistik haben wir eine gute Sicherheitslage. Allerdings ist es immer etwas problematisch, auf die anderen Bundesländer zu verweisen. Sie hören doch auch nicht darauf, wenn Ihre Kinder sagen: Die anderen Kinder müssen noch nicht ins Bett. Oder: Die anderen dürfen auch in die Disco. – Diese Vergleiche sind immer mit Vorsicht zu genießen. Rational gesehen stimmt diese Statistik sicher, emotional, subjektiv, fühlen sich unsere Bürger aber zum großen Teil nicht sicher. Sie haben gestern selbst auf die erhöhte Terrorismusgefahr in Ihrem Verfassungsschutzbericht hingewiesen. Nach wie vor haben wir – und das zeigt sich, wenn man die Zeitung, egal in welchem Landkreis, aufschlägt – Wohnungseinbrüche en masse. Wir haben nur eine Aufklärungsquote von 16 %. Wir haben eine Zunahme der Drogenkriminalität, in unserem Raum, an der Grenze zu Tschechien und überhaupt. Wenn Sie gestern Sender auf, Sender ab, Radio gehört haben, haben Sie feststellen können, dass dort dieses Thema gesendet wurde. Das aber ist das Entscheidende: Wenn der Bürger sich unsicher fühlt, wenn der Bürger sagt, die Statistik hilft mir nichts, wenn ich Angst haben muss, dass in meine Wohnung eingebrochen wird, dann ist doch etwas falsch!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb brauchen wir ganz klar eine stärkere Präsenz der Polizei.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

– Ihr dürft nicht so viel klatschen, sonst läuft mir die Zeit davon. – Und diese Präsenz der Polizei brauchen wir an den richtigen Stellen. Wir brauchen mehr Personal. Natürlich sagen Sie: Wir stellen mehr Beamte ein. Das ist auch ganz klar; denn jede Menge Beamte gehen in Pension. Des Weiteren sind die Aufgaben gestiegen. Wenn aber 20 % mehr eingestellt werden, die Aufgaben aber um 30 % angestiegen sind, dann habe ich unter dem Strich weniger Personal. An dieser Stelle sind wir momentan. Im Prinzip müssten wir an jeder Polizeiinspektion einen Zettel hinhängen, auf dem steht: So viele Leute sollen hier eigentlich da sein, und so viele Leute sind wirklich da. – Da würde man die Differenz dann genau erkennen, und diese Differenz ist inzwischen wirklich erschreckend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen mehr Polizei in der Fläche. Wir brauchen auch eine Entlastung von manchen Aufgaben. Wenn ich daran denke, wie lange schon davon die Rede ist, dass die Schwertransporte nicht mehr begleitet werden! Dann machen Sie das eben, Sie sind doch bei anderen Dingen auch schneller.

Sie äußern sich widersprüchlich, was die Bevölkerung noch weiter verunsichert. Sie sagen: Wenn die Grenzkontrollen abgebaut werden, dann unterstützen wir die Österreicher am Brenner. Woher wollen Sie denn die Leute nehmen? Sie reichen uns doch jetzt schon nicht aus!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Machen Sie also keine falschen Versprechungen. Seien Sie kreativ. Überlegen Sie, wo Sie unsere Polizei einsetzen. Wir brauchen die Polizei in der Schleierfahndung, wun-

derbar, Herr Fraktionsvorsitzender Kreuzer. Wir warten aber auf mindestens 200 Beamte. Die brauchen wir, falls Sie sich nicht einig werden, ob wir jetzt noch Grenzkontrollen haben oder nicht. Wir brauchen das. Wir brauchen kreative Lösungen, um kurzfristig Abhilfe beim Abbau der Überstunden, die diese Leute vor sich herschieben, zu schaffen, und wir brauchen – darüber kann man leider im Rahmen der Aktuellen Stunde in den wenigen zur Verfügung stehenden Minuten nicht reden – auch einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz. Wir brauchen Prävention im Zusammenhang mit dem Terrorismus und im Zusammenhang mit den Drogen. Und letzten Endes brauchen wir mehr Respekt vor unserer Polizei. Das alles geht unter, weil Not am Manne ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Jetzt darf ich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Schulze ans Rednerpult bitten.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eingangs denjenigen danken, die sich tagtäglich für die Sicherheit aller in Bayern einsetzen. Ich danke den Polizistinnen und Polizisten, der Feuerwehr und den Rettungskräften.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Jahr 2015 war wahrlich kein ruhiges Jahr für sie. Wir GRÜNEN sagen herzlichen Dank für ihre Arbeit.

Mit Blick auf Bayern entnehmen wir der Kriminalstatistik des Jahres 2015, dass sich die Zahl der Straftaten verringert hat, wenn man die gegen das Ausländerrecht herausrechnet, und dass die Aufklärungsquote gestiegen ist. Darauf können und dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Denn wenn man sich mit der Sache differenziert auseinandersetzt – das ist eine Spezialität der GRÜNEN –, erkennt man, dass es in Bayern noch Bereiche gibt, in denen wir deutliche Sicherheitsprobleme haben. Ein Punkt ist

beispielsweise der massive Anstieg der rechten Gewalt. Ich nenne dazu ein paar Zahlen, die ich aus dem Innenministerium habe: 117 verletzte Personen, eine Versechsfachung der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, 67 untergetauchte Neonazis.

Besonders erschreckend bei der ganzen Sache ist, dass die Aufklärungsquote, die bei sehr vielen anderen Delikten höher bzw. gestiegen ist, bei diesen Delikten nur sehr, sehr gering ist. Auf meine Anfrage hin erklärte das Innenministerium, dass beispielsweise im Themenfeld Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in 65 von 77 Ermittlungsverfahren kein Tatverdächtiger ermittelt werden konnte.

Herr Herrmann, da kann ich nur einen Appell an Sie richten. Statt die erschreckende Zahl mit Blick auf die anderen Bundesländer zu verharmlosen, erwarte ich von Ihnen, dass Sie Ihre Hausaufgaben in Bayern machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Fahndungsdruck auf die rechte Szene muss erhöht werden, und das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus muss endlich überarbeitet werden. Wir brauchen diesen Gleichklang aus Repression und Prävention gegen rechte Gewalt und Rassismus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Blicken wir nun auf die Gefahren des islamistischen Terrorismus. Es ist richtig, dass es weiterhin eine hohe abstrakte Terrorgefahr gibt. Darum müssen die Gefährder engmaschig überwacht und das geltende Recht muss konsequent angewendet werden. Wir haben ausreichend Gesetze dafür; wir müssen sie nur anwenden. Wir müssen die Mittel der Prävention gegen Radikalisierung verstärken, und der Datenaustausch auf nationaler und internationaler Ebene muss eindeutig verbessert werden.

Alle haben es doch mitbekommen: Die Täter in Brüssel und Paris waren den Sicherheitsbehörden bekannt. Was hilft es denn, wenn wir immer mehr Daten ansammeln, die Daten aber, die wir haben, nicht richtig auswerten können oder noch schlimmer,

wenn jeder Nationalstaat auf seinen Daten alleine sitzen bleibt. Da ist bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus eindeutig noch Luft nach oben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Terror macht ja nicht an den Landesgrenzen halt; deshalb kann die Bekämpfung des Terrorismus auch nicht allein im einzelnen Nationalstaat erfolgen. Sie muss international über die Grenzen hinweg geschehen.

Ich finde es allerdings sehr schwierig, wenn bei diesem Thema Panik gemacht wird und es eine Gleichsetzung von Flüchtlingen und IS-Terroristen gibt. Selbstverständlich muss jedem Hinweis diesbezüglich nachgegangen werden, und das machen unsere bayerischen Sicherheitsbehörden auch.

Ich zitiere da gerne den Präsidenten des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz, Herrn Dr. Körner, der gestern gesagt hat, dass es sich häufig um Falschanzeigen handele und die Zahl der offenbar berechtigten Hinweise im unteren einstelligen Bereich liege.

Ich erwarte also von den politisch Verantwortlichen, Sorge dafür zu tragen, dass die öffentliche Debatte nicht weiter angeheizt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Sehr nachdenklich stimmt mich, dass es einen Anstieg der Gewalt gegen die Polizistinnen und Polizisten und die Rettungskräfte gibt. Wenn diese Menschen angegriffen werden, werden sie zum einen als Person angegriffen, zum anderen aber auch als Vertreter des Staates. Und ja: Wir brauchen Lösungen dagegen! Wir verurteilen diese Angriffe aufs Schärfste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ärgert mich allerdings, wenn man vom Innenminister immer zu hören bekommt, dass wir eine Erhöhung des Strafrahmens brauchten. Schauen wir uns doch die Fak-

tenlage einmal an. Im Jahre 2011 ist der § 113 StGB dementsprechend geändert worden, aber die Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten ist seitdem nicht zurückgegangen. In Fachkreisen ist schon lange bekannt – ich wiederhole das sehr gerne –, dass härtere Strafandrohungen grundsätzlich nicht zu weniger Taten führen. Natürlich müssen wir uns damit auseinandersetzen und schauen, wie wir die Einsatzkräfte besser schützen können. Aber allein damit, dass wir sagen, die Strafen müssen erhöht werden, lösen wir das Problem nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für uns GRÜNE ist klar: Wir brauchen eine personell und ressourcenmäßig gut ausgestattete Polizei. Dafür müssen wir uns einsetzen, und dafür werden wir weiterhin im Bayerischen Landtag kämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt hat für die CSU-Fraktion Kollege Ländner das Wort.

**Manfred Ländner (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der bisherigen Debatte frage ich mich schon, ob ich noch im richtigen Film bin. Wenn hier Gewalt gegen die Polizei insbesondere bei Demonstrationen thematisiert wird, ist das in Ordnung, man muss dann aber gleichzeitig festhalten, aus welchem Lager diese Gewalt kommt.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Und man muss dann auch bei den Übergriffen in Hamburg oder anderswo außerhalb Bayerns konstatieren, wie lange es dort gedauert hat, bis alle demokratischen Kräfte dies aufs Schärfste verurteilt haben. Wir haben im Bayerischen Landtag sogar eine Ausstellung über zerstörte persönliche polizeiliche Schutzausrüstung machen müssen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Märchenerzähler! – Zuruf von den GRÜNEN:  
Waren das GRÜNE?)

Ich darf auf das Thema der Aktuellen Stunde hinweisen: In Bayern leben heißt sicherer leben. Da kann ich nicht ganz die Veröffentlichungen der letzten Tage verstehen. Natürlich verstehe ich, dass man es kommentiert, wenn der Verfassungsschutzbericht vorgelegt wird, und dass die Opposition irgendetwas bringen will, wenn die polizeiliche Kriminalstatistik vorgelegt wird, in der man unserer bayerischen Polizei herausragende Arbeit und beste Erfolge bescheinigt.

Dabei werden dann aber Nebelkerzen mit Soll- und Iststärken geworfen; es wird die Schleierfahndung als alleiniges Thema herangezogen, obwohl die Fahndung eine ganzheitliche bayerische Aufgabe ist, und es wird erneut festgestellt, dass kleinere Dienststellen nicht überlebensfähig seien. Wenn nun aber eine kleine Dienststelle hinterfragt wird, um die Schlagkraft der Polizei zu erhöhen, sind sofort Initiativen – insbesondere nicht aus der CSU – da, die vor Ort vermitteln, dass diese kleineren Inspektionen unbedingt erhalten werden müssen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das ist bei uns in Bayern Tatsache, und das muss man auch einmal sagen dürfen. Ich möchte jetzt nicht über sachfremde Themen diskutieren. Das gehört nicht ins Hohe Haus.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich darf feststellen, dass wir in den letzten Jahren in Bayern 7.700 Nachwuchsbeamtinnen und -beamte eingestellt haben. Meine Damen und Herren von der Opposition, nennen Sie mir doch bitte mit Blick auf die Bevölkerungszahl ein einziges Bundesland, das auch nur ansatzweise solche Einstellungszahlen vorweisen kann.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie ein solches Land nennen können, in dem Sie mit Verantwortung tragen, können wir vielleicht über diese Zahlen reden.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Polizei, die von Ihnen nicht bemitleidet werden muss und auch nicht bemitleidet werden will, hat für ihre gute Arbeit im Hohen Hause immer Lob gefunden, das ich auch heute gerne wieder ausspreche.

Die polizeiliche Kriminalstatistik – ich will sie hier nicht näher ansprechen, weil dafür die Redezeit zu kurz ist – zeigt Folgendes: minus 4 % bei gefährlicher Körperverletzung auf öffentlichen Straßen und Plätzen, minus 7 % bei räuberischer Erpressung, minus 5,7 % bei Straßenkriminalität und minus 11,6 % bei Kfz-Diebstählen und viele Dinge mehr. Auch bei den Einbruchdiebstählen erleben wir im letzten Jahr erstmalig seit vielen Jahren wieder einen Rückgang der Zahlen. So sind dies in München minus 42 % und in Nürnberg minus 15,5 %. Das hat seinen Grund nicht zuletzt in PRECOBS, das dort eingeführt wurde.

Sehr geehrte Damen und Herren, das lässt Rückschlüsse auf die gute Arbeit unserer Polizei hier in Bayern zu. Sie definieren gern den Geruch des Fisches vom Kopf her, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Dazu darf ich feststellen, dass diese positiven Zahlen – Sie haben zu früh geklatscht –, die unsere Polizei aufweist, auf den Kopf, auf unseren Innenminister und auf das Innenministerium, ein sehr gutes Licht werfen.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf mich bei Ihnen, Herr Innenminister, und auch beim Herrn Staatssekretär Gerhard Eck herzlich für diese herausragende Arbeit bedanken.

Ich finde, es ist kontraproduktiv, unsere Polizei als überbelastete, von der Staatsregierung vernachlässigte und überforderte Truppe darzustellen. Das ist weder sachgerecht, noch kann es auch nur ansatzweise durch irgendwelche Zahlen belegt werden. Sie wollen die Staatsregierung treffen und ernten bei den Menschen und der Polizei permanentes Kopfschütteln. Es klingt sehr danach, als ob der Opposition nichts mehr einfiel, wenn sie im Zusammenhang mit Fragen der inneren Sicherheit hier im Bayerischen Landtag die Landesbank und die Panama Papers nennen muss.

Ich darf abschließend feststellen, dass unserer Polizei wesentlich mehr geholfen wäre, wenn im Bund, wo der Bundesjustizminister Verantwortung trägt, endlich im Bereich des Datenschutzes und im Bereich des Datenausgleiches die gesetzlichen Vorgaben geschaffen würden, die wir hier in Bayern schon lange fordern. Es würde der Polizei wesentlich mehr nutzen, wenn bei polizeilichem Einschreiten nicht mehr ständig und unnötigerweise – nicht jede Anfrage ist unnötig – Anfragen mit versteckten Anschuldigungen kämen, die Führungsstäbe wochen- und monatelang beschäftigen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Es wäre gut, wenn solche Anfragen etwas weniger gestellt würden. Unsere Polizeiarbeit braucht Respekt, und zwar nicht nur hier im Hohen Haus, sondern auch draußen im Einsatzgeschehen. Sie braucht Respekt und nicht ständiges Herumnörgeln in Begleitung von irgendwelchen halbfauschen oder halbrichtigen Soll- und Ist-Stärken-Diskussionen. Unsere Polizei verlangt Verantwortung, Respekt und unseren Dank, den ich ihr gerne abstatte.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Tomaschko das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

**Peter Tomaschko (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bayern ist das Sicherheitsland Nummer 1. Das haben meine Vorredner bereits eindrucksvoll dargestellt.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Die Menschen fühlen sich in Bayern sicher. Das liegt aber nicht nur an der hervorragenden Arbeit von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz, sondern auch an der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr, die hier einen außerordentlich guten und wichtigen Beitrag leistet. Nicht zuletzt schreckliche Katastrophen wie das Zugunglück bei Bad Aibling haben gezeigt, wie wichtig beispielsweise ein gut funktionierender Rettungsdienst, die großartige Arbeit der Feuerwehren, der Wasserwacht, der Bergwacht und des Technischen Hilfswerks sind.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich hierfür bei allen Feuerwehren und Hilfsorganisationen mit ihren zahlreichen haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräften zu bedanken, die zu jeder Tages- und Nachtzeit ausrücken, um zu helfen, zu retten, zu löschen und zu bergen. Dafür sage ich ein herzliches Dankeschön. Das sind immerhin 470.000 Menschen in Bayern. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, in unserer globalisierten Welt ist nicht nur die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit für Wohlstand und Zufriedenheit entscheidend. Vielmehr gehört zu den wichtigsten Standortfaktoren, die das Leben unserer Bürgerinnen und Bürger in Bayern prägen, auch ein hohes Maß an Sicherheit. Diese zu erhalten und weiter auszubauen, gehört deshalb zu unseren wichtigsten Zukunftsaufgaben.

Der Freistaat liegt im bundesweiten Vergleich bei der Sicherheit traditionell an der Spitze. Diese Führungsposition können wir nur im Team, als starkes Netzwerk, halten. Feuerwehren, Hilfsorganisationen, THW, Polizei, Bundeswehr und Bundespolizei arbeiten mit dem Freistaat, den Katastrophenschutzbehörden und den Kommunen eng

und vertrauensvoll zusammen. Bayern sorgt für einen schnellen und leistungsstarken Rettungsdienst. Allein 2015/16 förderten wir die Bergwacht und die Wasserwacht mit 17 Millionen Euro und investierten 11 Millionen Euro in den weiteren Ausbau der integrierten Leitstellen.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

Meine Damen und Herren, zudem haben wir im Jahr 2013 die Retterfreistellung auf den Weg gebracht. Die freiwilligen Helfer der Hilfsorganisationen erhalten damit einen Anspruch auf Freistellung von der Arbeit sowie Anspruch auf Entgeltfortzahlung gegenüber dem Arbeitgeber bzw. Erstattung ihres Verdienstausfalls, wenn sie von der integrierten Leitstelle während der Arbeitszeit zu einem Notfalleinsatz gerufen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erste Erfahrungen mit der Retterfreistellung haben insbesondere beim Einsatz anlässlich des Zugunglücks bei Bad Aibling gezeigt, dass hinsichtlich einiger Einheiten, die bisher von Artikel 33a des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes nicht erfasst sind, Bedarf für eine maßvolle Erweiterung der begünstigten Personengruppen besteht. Auf Bitte der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag hat die Staatsregierung hierzu bereits entsprechende Gespräche mit den Hilfsorganisationen geführt. Für die Zeit nach dem Abschluss der Abstimmungen ist uns zugesagt, dass ein entsprechender Gesetzentwurf in den Bayerischen Landtag kommt. Wir sind hier einen riesigen Schritt weitergekommen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Jetzt hört es aber auf!)

Ich sage herzlichen Dank an meine Fraktion dafür, dass wir das so einvernehmlich auf den Weg bringen konnten.

Meine Damen und Herren, mit der Umsetzung des neuen Berufsbilds des Notfallsanitäters beim Rettungsdienst in Bayern erhöhen wir die Qualität der notfallmedizinischen Versorgung in Stadt und Land weiter. Bayern ist verlässlicher Partner unserer Feuerwehren. Wir haben in den letzten Jahren rund 500 Millionen Euro in die Feuerwehren

investiert. Wir haben die Gemeinden bei der Fahrzeugförderung, bei der Geräteförderung, bei Fahrzeuggerätehäusern und vielem mehr unterstützt. Wir investieren auch in den Katastrophenschutz sehr viel Geld, und das ist richtig und wichtig. Wir haben seit 2009 über 14 Millionen Euro in Einsatzfahrzeuge und wichtige Ausrüstungsgegenstände investiert. Auch nach der Hochwasserkatastrophe 2013 haben wir mit dem geschaffenen "Investitionssonderprogramm Hochwasser" für eine optimale Ausrüstung zur Bekämpfung des Hochwassers gesorgt.

Meine Damen und Herren, wir sind hier in Bayern gemeinsam Partner beim Hauptamt und beim Ehrenamt. Ich denke, diese Zusammenarbeit zwischen allen zuständigen Stellen und vor allem mit unseren zahlreichen ehrenamtlich tätigen Bürgern in Bayern hat uns diesen Erfolg eingebracht. Dafür nochmals ein herzliches Dankeschön. Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, ich kann nur appellieren: Der Bürger vertraut uns; gehen wir weiterhin diesen Weg!

(Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Das heißt, Sie stimmen morgen dem Antrag der SPD zur Rettungshelfergleichstellung zu? – Thomas Kreuzer (CSU): Nein! – Harald Güller (SPD): Sie stimmen dem SPD-Antrag in Zukunft zu?)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege.

(Harald Güller (SPD): Eisiges Schweigen bei Herrn Tomaschko!)

– Herr Kollege, bitte! Das macht ihr bitte morgen im Ausschuss miteinander aus.

(Harald Güller (SPD): Da können Sie sicher sein!)

– Jetzt darf ich den Staatsminister Joachim Herrmann bitten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich sehr herzlich bei der CSU-Landtagsfraktion und ihrem Vorsitzenden Thomas Kreuzer, dass das Thema der inneren Sicherheit

heute zum Thema der Aktuellen Stunde gemacht wurde; denn es ist zweifellos das Thema, das im Moment sehr vielen, wenn nicht allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ganz besonders auf den Nägeln brennt und das die Menschen ganz besonders bewegt. Sie erwarten in dieser Zeit – ich denke, zu Recht – ganz besonders von einem funktionierenden Rechtsstaat, dass er sich bestmöglich um die Sicherheit der Menschen in unserem Land kümmert. Wir können bezüglich einer Staatsreform bei vielen Dingen darüber nachdenken, was man privatisieren kann und wo man Dienstleistungen von jemand anderem erbringen lassen kann; aber sich um die Sicherheit in unserem Land zu kümmern, um die äußere Sicherheit, vor allem aber um die innere Sicherheit, ist Kernaufgabe eines demokratischen Rechtsstaates. Das erwarten die Menschen von diesem Staat. Dafür stehen wir ein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich sind die Nachrichten über die schrecklichen Terroranschläge, zuletzt in Belgien, zuvor in Frankreich und in vielen anderen Ländern der Welt, ein Thema, das die Menschen ganz besonders umtreibt. Ich habe vor einem Jahr ausdrücklich gesagt, dass wir uns einem weltweiten Frontalangriff des islamistischen Terrorismus ausgesetzt sehen. Damals hat es in unserem Land noch manche Stimmen gegeben, die von verbaler Kraftmeierei gesprochen haben. Heute ist der Tenor nahezu jeder Tageszeitung, dass wir uns einem weltweiten Frontalangriff ausgesetzt sehen.

Es ist wichtig, dass wir jetzt alles tun, was in unserer Macht steht. Gegebenenfalls müssen wir auch überprüfen, wie wir das in unserer Macht Stehende noch erweitern können, um den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger trotz dieser enormen Bedrohungen zu verbessern. Es ist wichtig, dass auf Bundes- und europäischer Ebene die erforderlichen Gesetzesänderungen vorangetrieben werden. Der Bundesinnenminister hat recht, wenn er ein Ein- und Ausreiseregister für die EU-Außengrenzen fordert. Das ist in anderen Ländern der Welt, wie zum Beispiel in den USA, selbstverständlich. Wir in Europa haben aber keinen Überblick darüber, wer legal oder illegal in unser Land gekommen ist. Wenn jemand sagt, er will als Tourist in den Schengen-Raum kommen,

können wir nicht feststellen, ob er auch tatsächlich nach drei Monaten den Raum wieder verlassen hat. Wir haben keinen Überblick darüber, wer sich hier alles aufhält. Es ist richtig, ein solches Register einzuführen.

Wichtig ist, dass wir effektive Grenzkontrollen haben, um überhaupt feststellen zu können, wer hier ein- und ausreist, und um möglichst zu verhindern, dass jemand illegal in unser Land einreist. Ganz wesentlich war es unser Bestreben, das Bestreben der Bayerischen Staatsregierung und unseres Ministerpräsidenten, in der Koalition durchzusetzen, dass im September letzten Jahres temporäre Grenzkontrollen in der Bundesrepublik Deutschland wieder eingeführt worden sind. Diese Kontrollen haben sich bewährt. Sie sind bis heute noch nicht so perfekt installiert, wie wir es aus bayerischer Sicht für richtig halten. Auf jeden Fall aber war es richtig, diese Entscheidung zu treffen und die Grenzkontrollen einzuführen.

Ich habe in der vergangenen Woche genauso wie der Ministerpräsident nachdrücklich widersprochen, als mir nichts, dir nichts plötzlich das Ende dieser Grenzkontrollen angekündigt wurde. Inzwischen sind wir uns – so habe ich die Nachrichten aus Berlin verstanden – mit der Bundeskanzlerin einig, dass der Schutz der EU-Außengrenzen im Vordergrund steht und eine Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen, jedenfalls an den deutschen Grenzen, erst in Frage kommt, wenn der Schutz der EU-Außengrenzen wirklich gewährleistet ist. Das ist aus unserer Sicht die Bedingung. Im Moment aber, glaube ich, ist der Schutz der EU-Außengrenzen noch nicht hinreichend gewährleistet. Deshalb kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Verzicht auf Kontrollen an den deutschen Grenzen auch nicht in Frage kommen. Das sage ich hier noch einmal nachdrücklich.

(Beifall bei der CSU)

Wenn die österreichische Regierung sich dazu entschließen sollte, Grenzkontrollen am Brenner wieder einzuführen, weil die Situation in Italien unüberschaubar werden sollte, hielte ich das, wenn es sachlich geboten ist, auch für richtig. Wir wären dann

auch bereit, die Österreicher zu unterstützen. Es wäre gut, wenn der Bund diese Kontrollen auch unterstützt. Wir auf bayerischer Seite wären jedenfalls auch bereit, sie zu unterstützen. Wenn dann am Brenner und am Reschenpass konsequent kontrolliert würde, bräuchten wir in Kiefersfelden nicht mehr zu kontrollieren. Ich wäre mir sicher, dass die Österreicher mit unserer Unterstützung optimal kontrollieren, und dann bräuchten wir in Kiefersfelden nicht mehr zu kontrollieren. Die Kontrollen in Kiefersfelden abzuschaffen, ohne dass anderswo eine ordentliche Kontrolle gewährleistet ist, hat aber keinen Sinn.

Ich sage es noch einmal: Da geht es nicht nur um Flüchtlinge, sondern da geht es um die terroristische Bedrohung in der Bundesrepublik Deutschland. Wir müssen doch aufpassen, wenn wir die Vernehmung des in Belgien festgenommenen Terroristen gehört haben. Er hat ausdrücklich gesagt: Die Anschläge in Brüssel haben wir sehr schnell, sozusagen aus dem Stegreif verübt; wir wollten eigentlich Anschläge in Paris verüben; nachdem aber dort die Fahndungsmaßnahmen so intensiv geworden sind, hatten wir die Furcht, dass wir sie in Paris nicht mehr verüben können. Wer so etwas hört, müsste doch eigentlich darüber nachdenken, wie man die Grenzkontrollen zum Schutz der Bundesrepublik Deutschland verstärken kann, und nicht darüber, wie man sie reduziert.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin dankbar dafür, dass auch die Notwendigkeit der Schleierfahndung angesprochen worden ist. Wir führen sie in Bayern so intensiv wie möglich durch. Wir haben das Personal für die Schleierfahndung schon im vergangenen Jahr deutlich verstärkt. Ich darf auch daran erinnern, dass die Unionsinnenminister auf der letzten Innenministerkonferenz ausdrücklich eine gemeinsame Erklärung eingebracht haben, die Schleierfahndung in ganz Deutschland verstärken zu wollen. Leider haben es aber die SPD-Innenminister abgelehnt, sich gemeinsam für mehr Schleierfahndung in Deutschland auszusprechen. Die Kollegen aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen haben öffentlich erklärt, bei ihnen bräuchte man nicht mehr Schleierfahndung, bei ihnen sei das

alles kein Problem. Angesichts der aktuellen Kriminalitätszahlen in diesen Ländern kann ich nur sagen: Mit dieser Position wünsche ich ihnen viel Vergnügen. Wir fühlen uns jedenfalls für die Sicherheit der Menschen verantwortlich. Was dabei herauskommt, wenn man öffentlich erklärt, solche Fahndungsmaßnahmen brauche man nicht, haben wir, wenn auch mit vier Tagen Verspätung, über die Silvesternacht in Köln den Medien entnehmen können.

(Beifall bei der CSU)

Es ist schön, wenn hier von Wohnungseinbruchdiebstählen die Rede ist. Wir haben Wohnungseinbruchdiebstähle im vergangenen Jahr zu einem Mega-Thema gemacht. Die Polizei hat sich mit noch mehr Personaleinsatz und noch mehr Überstunden stark angestrengt, sie hat neue Konzepte und eine neue Software entwickelt. Damit haben wir einen Erfolg erreicht. Wir haben nämlich die Steigerung der Wohnungseinbruchdiebstähle der letzten Jahre gestoppt, und die Zahl der Wohnungseinbruchdiebstähle ist in Bayern insgesamt zurückgegangen.

Was ist die Realität nach der Statistik, die Nordrhein-Westfalen veröffentlicht hat? Im vergangenen Jahr kamen in Bayern auf 100.000 Einwohner statistisch jeweils 59 Wohnungseinbruchdiebstähle. Das ist immer noch zu viel. Wir werden weiter daran arbeiten, diese Zahl nach unten zu bringen. In Nordrhein-Westfalen kamen nach den gleichen statistischen Erfassungen auf 100.000 Einwohner 354 Wohnungseinbruchdiebstähle. Das ist das Sechsfache. Das Risiko, Opfer eines Wohnungseinbruchdiebstahls zu werden, ist in Nordrhein-Westfalen sechsmal so hoch wie in Bayern. Das ist das Ergebnis, wenn man in einem Bundesland nach rot-grünem Muster Sicherheitspolitik gestaltet.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne eine letzte statistische Zahl. Es geht um Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte. Frau Kollegin, es ist schlimm, dass die Zahl dieser Straftaten in Bayern im vergangenen Jahr von 24 auf 64 angestiegen ist. Wir wollen alles dafür tun, diese Ent-

wicklung zu bekämpfen. Die bayerische Polizei ist dabei engagiert unterwegs. Wichtig ist, dass uns dabei auch die Bevölkerung hilft. Frau Kollegin, ich habe es Ihnen an dieser Stelle schon einmal gesagt: Ich bringe solche Zahlen nicht primitiv mit der politischen Färbung von Landesregierungen in Zusammenhang.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Markus Rinderspacher (SPD): Das haben wir eben gesehen!)

Wir reden jetzt von den Asylbewerberunterkünften. Sie versuchen hier immer wieder, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, dass die Staatsregierung oder die bayerische Polizei zu wenig Engagement zeigten. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Das ist grober Unfug.

(Beifall bei der CSU)

Das ist unsachlich und politisch sehr, sehr kurz gedacht; denn bei uns sind die Zahlen von 24 auf 64 und in Nordrhein-Westfalen von 25 auf 213 gestiegen. Das, was Sie hier sagen, ist hanebüchen.

(Beifall bei der CSU)

Erkundigen Sie sich einmal bei den Kollegen in Nordrhein-Westfalen. Ich maße mir nicht an, die Frau Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen für diese Zahlen verantwortlich zu machen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das tun Sie doch dauernd! Das tun Sie doch während Ihrer ganzen Rede!)

– Das mache ich nicht. Sie sollten sich aber ernsthaft überlegen, ob das, was Sie hier sagen, wirklich klug ist.

Lieber Herr Kollege Gantzer, Sie kümmern sich immer um das Wohlbefinden unserer Polizeibeamten, was ich Ihnen persönlich auch abnehme. Sie sagen, die Polizeibeamten sollten ordentlich bezahlt werden. Ich weiß nicht, woran Sie da wieder gedacht

haben. Ich kann Ihnen nur zwei Beispiele nennen. Ein lediger, 25 Jahre alter Polizeikommissar verdient in Berlin 2.332 Euro im Monat, in Baden-Württemberg 2.522 Euro und in Bayern 2.747 Euro.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): In München sind auch die Mieten höher!)

Ein verheirateter Polizeikommissar in A 11 mit zwei Kindern verdient in Berlin 3.977 Euro, in Baden-Württemberg 4.249 Euro und in Bayern 4.533 Euro im Monat. Meine Damen und Herren, das ist der Unterschied, wie ordentliche Polizeiarbeit in Bayern und anderswo vergütet wird.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Gantzer, Sie können sich gerne anderswo entsprechend engagieren. Das ist das Ergebnis einer Politik, die nicht plötzlich hektisch in Aktivität ausbricht. Das ist das Ergebnis einer Politik, die sich seit Jahren an den Interessen der inneren Sicherheit und den Interessen einer starken und hoch motivierten Polizei orientiert hat. Deshalb danke ich allen Kolleginnen und Kollegen der Staatsregierung, aber vor allem auch der Mehrheitsfraktion dafür, dass sie diesen konsequenten Kurs über Jahre hinweg immer unterstützt haben. Deshalb stehen wir heute besser da. An dieser Stelle möchte ich mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei, aber ganz besonders bei den Kolleginnen und Kollegen der bayerischen Polizei sehr herzlich für die großartige Arbeit bedanken, die gerade im vergangenen Jahr geleistet worden ist. Herr Kollege Gantzer, Ihre Aussage, die Arbeitsbelastung habe mit den Flüchtlingszahlen nichts zu tun, erscheint mir wirklich weltfremd. Ich sage ein herzliches Dankeschön an unsere Polizei für ihre großartige Arbeit.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.